

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947**

72 (19.6.1947)

Wiesbaden, 18. Juni (Dena). Die Ministerpräsidenten der Länder der ameri- und der Besatzungszone, eine Reihe von Fach- und Staatssekretären und höhere Beamten der beiden Militärregierungen führten in Wiesbaden am 15. und 16. Juni Beratungen über die künftige organisatorische und rechtliche Stellung des bizonalen Wirtschaftsrates.

Die Länderchefs sind der Auffassung, daß die Errichtung des Wirtschaftsrates im Falle der künftigen staatsrechtlichen Wiedervereinigung Deutschlands vorgegriffen wird. Sie haben vielmehr eine wirtschaftliche Aufgabe zu erfüllen, die in der Haupt- sache in der Koordinierung der bisherigen Wirtschaftstätigkeit besteht. Die Länderchefs werden ihre Vertreter in den Wirtschaftsrat entsenden, während die Mitglieder des Exekutiv Ausschusses Vertrauens- männer der Landesregierungen sind.

### Der Plan Außenminister G. C. Marshalls für die Wiedergesundung Europas

Erste Beratungen in Paris aufgenommen — Teilnahme aller Nationen, die Weltbank beteiligt sich — Die Presse lobt den Plan

Paris, 18. Juni (Dena). Der britische Außenminister Bevin nahm am 17. Juni mit dem französischen Außenminister Bidault und dem amerikanischen Außenminister Marshall Beratungen über den Marshall-Plan auf. In britischen und amerikanischen Kreisen ist der französische Hauptzweck ist man der Ansicht, daß es unmöglich sei, ein zufriedenstellendes Übereinkommen zu erzielen, ohne daß die Deutschland-Frage zur Sprache gebracht wird. Obgleich man willens sei, weiterhin die Forderung einer europäischen "Wiedergesundung" über die "Vereinigten Staaten von Europa" zu diskutieren, werde man die Besprechung politischer Fragen vermeiden.

An den Besprechungen nahmen außer Bevin und Bidault der französische Ministerpräsident Paul Ramadier und der britische Außenminister in Paris, Duff Cooper, teil.

Die Begriffe die "Wiedergesundung" und auch diese Initiative des amerikanischen Außenministers", erklärte der französische Staatspräsident Vincent Auriol am 17. Juni zu dem Vorschlag über eine amerikanische Hilfe an Europa. "Man muß sich dieser Initiative mit voller Verantwortung annehmen, Frankreich ist dazu entschlossen. Es ist keine Zeit mehr zum Zögern, zur Skepsis für lange Verfahrensdauern oder für doktrinaire Debatten. Unser alter Kontinent kann die Chance, die ihm geboten ist, nicht vorbeischießen lassen."

Die Regierung der USA hat den Vorschlag gemacht, daß Europa seine Pläne darlegen und die Weltbank und die Weltgesundheitsorganisation über die Ergebnisse dieser Beratungen berichten. Auf die Frage, ob alle Nationen Europas an dem Marshall-Plan teilnehmen werden, erwiderte Bevin lächelnd und in versöhnlichem Ton: "Ich hoffe es."

Die Weltbank will mitarbeiten  
Quebec, 18. Juni (Dena-Reuters). Die Weltbank wird jedes Wirtschaftsprogramm unterstützen, das europäische Länder im Rahmen des Marshall-Planes der wirtschaftlichen Hilfe für Europa entwickelt. Verschiedene John J. McCloy, der Präsident der Weltbank, am 18. Juni in einer Rede vor der Jahresversammlung der New Yorker Bankgesellschaft.

Eine Wahl zwischen Leben und Tod  
London, 18. Juni (Dena-Reuters). Die Londoner "Financial Times" schreibt am 17. Juni über die Aufnahme, die der Hilfsplan Außenminister Marshall in Europa gefunden hat, ist es selbsterhellend, daß die öffentliche Meinung in Europa über die im Plan aufgeworfenen Fragen umfangreiche Aufklärung benötigt.

Die Frage sei fast so einfach wie die Wahl zwischen Leben und Tod. Ein Erklärungsversuch vergende seine Zeit mit reinem Reden zu verhandeln. Europa könne viel mehr tun, als die amerikanische Regierung, wenn es fest gewillt sei, einen wirtschaftlichen Nationalismus zu vermeiden und alle Güter bei niedrigeren Zöllen zu verkaufen.

### Im Telegrammstil

Washington. Die Vereinigung der amerikanischen Eisenbahngesellschaften verhängte am 17. Juni einen Bann für Frachttarife, die auf zum Teil Schiffen in fremde Häfen verschifft werden sollen (Dena).  
New York. Das amerikanische Flugzeugwerk, der Pan-American Airways startete am 17. Juni zu seinem ersten regelmäßigen Weltumflug. An Bord befindet sich eine Gruppe prominenter amerikanischer Journalisten und Verleger (Dena).  
Ottawa. Die erste Gruppe von sechs deutschen Wissenschaftlern, die auf Grund ihrer Spezialkenntnisse zur Unterstützung der kanadischen Industrie von der Regierung Kanadas die Einbürgerungsbürokratie erhalten, wird in Kürze in Ottawa einbezogen (AP).  
London. Der britische Außenminister Ernest Bevin ist am 17. Juni zu Besprechungen mit der französischen Regierung über den Marshall-Plan nach Paris abgereisen (Dena-Reuters).  
London. Rund neun Mill. Menschen haben nach einer Feststellung der Sonderkommission der Internationalen Konferenz der Menschenrechte noch immer in einer Art von Sklaverei (Dena-Reuters).  
Paris. Max Knipping, der in der Besatzungszone der deutschen Besetzung Frankreichs die französische Widerstandsbewegung befehligte, wurde am 18. d. Mts. im Fort Bretonne durch ein Erschießungskommando hingerichtet (AP).  
Brüssel. Zwischen den Regierungen von Belgien, Holland und Luxemburg haben Beratungen über den Marshall-Plan eine Hilfe für Europa stattgefunden (AP).



# NEUESTE NACHRICHTEN

## Neuaufbau des Ruhrgebietes ohne eine Verstaatlichung

Swarthmore, Pennsylvania, 18. Juni (AP). Der republikanische Präsidentschaftskandidat Harold Stassen forderte am 18. Juni in einer Rede in Swarthmore-College die USA auf, das Ruhrgebiet als ein Zentrum des Kapitalismus moderner Länder in Europa wieder aufzubauen.  
Er befürwortete die Wiederherstellung des Gebietes „ohne Verstaatlichung und ohne Monopole. Die Arbeiter sollten an den Früchten der Produktion ebenso teilhaben wie die Eigentümer und Leiter der Unternehmen“.

## Ein Wechselkurs Dollar-Mark in drei bis sechs Monaten

New York, 18. Juni (Dena-Reuters). Die wirtschaftliche Vereinigung der einzelnen Besatzungszone Deutschlands würde mehr als irgendwas anderes die Gesundheit Europas erleichtern, brach die ehem. Direktor der Wirtschaftsabteilung bei der ameri. Militärregierung für Deutschland, Mr. M. Szymczak, vor dem New Yorker Handelsamt zum Ausdruck.  
In seinen weiteren Ausführungen kündigte Szymczak die Festsetzung eines endgültigen Wechselkurses zwischen dem ameri. Dollar und der Mark, in welchem die stellten, deutschen und ameri. Besatzungsgebiete im Laufe der nächsten drei bis sechs Monate an und äußerte sich optimistisch über das deutsche Währungsproblem.

## Die Ernährungslage befindet sich in langsamer, aber sicherer Besserung

General Clay beantwortete Fragen von Pressevertretern über die Münchener Konferenz, den Wirtschaftsrat, die Kriegsgefangenen, die Registrierung in der Ostzone und die Währungsreform

Frankfurt, 18. Juni (Eigenbericht W. S.). In der heutigen Frankfurter Pressekonferenz bei General Clay beantwortete der General die Frage, ob die Entschleunigung der Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten beim Kontrollrat bereits vorliegen, dahin, daß bis jetzt nur die Bitte eingegangen ist, die Vertreter der deutschen Ministerpräsidenten zur Übergabe der Entschleunigungen zu empfangen. Die amerikanische Militärregierung werde sich dafür einsetzen, die deutschen Beauftragten zu empfangen. Über die Stellungnahme zu den Entschleunigungen wird in der nächsten Sitzung des Kontrollrates entschieden werden. Auf eine Frage, ob die Haager Landkriegsordnung bei den Besatzungszone Deutschlands die Grundlage bilden, erwiderte General Clay, der Kontrollrat habe wenig mit der Haager Landkriegsordnung zu tun. Es sei die Frage, ob sich die deutschen Stellen heute auf diese Landkriegsordnung beziehen sollten, die von dem Naziregime in keiner Weise beachtet wurden sei. Den Wirtschaftsrat, dessen Bildung kürzlich beschlossen wurde, wird die amerikanische Militärregierung den Länderregierungen gegenüber unterstützen, sofern er sich im Rahmen seiner Aufgaben hält. Bei Überschreitungen wird die Militärregierung die Rechte der Länderregierungen unterstützen.  
General Clay sprach die Hoffnung aus, daß der drohende amerikanische Seemannsstreik den Anschluß Deutschlands an die neue Ernte nicht gefährden werde. Die Ernährungslage sei in langsamer aber sicherer Besserung begriffen. Nach General Clays Meinung bestehe gute Hoffnung darauf, daß Handelsabmachungen zwischen Deutschland und einigen Staaten zustandekommen. Mit einem engeren Anschluß der französischen Zone

an die US-Zone und die britische Zone scheine vorerst nicht zu rechnen zu sein. Neue Momente sind in dieser Hinsicht zur Zeit nicht zu verzeichnen.  
Auch in der Frage einer Währungsreform, deren Notwendigkeit General Clay anerkannte, ist kein neues Stadium zu konstatieren. Je stärker die Produktion angehalten sei, um so erfolgreicher werde eine Währungsreform sein. Doch bestünde beinahe die Notwendigkeit eines einheitlichen Beschlusses im Kontrollrat über eine Reform der Währung. Was vorzuziehen sei, zuerst Währungsreform oder zuerst Produktionssteigerung, bezeichnete der General als die Zweifelsfrage, die noch unentschieden sei. General Clay erklärte, daß die amerikanische Militärregierung sich für einen Reform der Währung im Kontrollrat über eine Reform der Währung, bezeichnete der General als die Zweifelsfrage, die noch unentschieden sei. General Clay erklärte, daß die amerikanische Militärregierung sich für einen Reform der Währung im Kontrollrat über eine Reform der Währung, bezeichnete der General als die Zweifelsfrage, die noch unentschieden sei.

## Keine Übereinstimmung USA Rußland bei Währungsreform

Washington, 18. Juni (Dena-INS). Die Sowjetunion hat den ameri. Vorschlägen nach einer Währungsreform in Deutschland nicht zugestimmt, erklärte der stellv. amerikanische Kriegsminister Howard C. Petersen am 17. Juni vor dem Kongreß. Die sowjetischen Besatzungsbehörden drücken nach den Ausführungen von Mr. Petersen weiterhin alliierte Militärmarknoten, die bei den ameri. Besatzungsgruppen bereits seit dem vergangenen Jahre nicht mehr zur Auszahlung der Löhne verwendet werden. Bis jetzt sei es dem alliierten Kontrollrat in Berlin trotz aller Bemühungen noch nicht gelungen, die Höhe der von den sowjetischen Besatzungsbehörden gedruckten und ausgetauschten Militärmarkbeträge zu ermitteln.  
Die Verhandlungen mit der Sowjetunion über eine deutsche Währungsreform sind auf einem toten Punkt angelangt. Die Sowjetbehörden seien nicht bereit, die Schaffung einer zentralen deutschen Verwaltungsbehörde zuzustimmen.

## Die Aufgaben der Vereinigten Staaten als Hüterin der demokratischen Ideale

Präsident Truman plädiert vor den Studenten von Princeton für Aufrechterhaltung eines umfangreichen stehenden Heeres

Princeton (New Jersey), 18. Juni (Dena-Reuters). Die USA müssen stark bleiben, sonst könnten die kleinen Nationen fürchten, daß Amerika seine führende Rolle in der Welt aufgeben würde, erklärte Präsident Truman am 17. Juni vor Studenten der Princeton-Universität, nachdem ihm der Titel eines Ehrendoktors der Universität verliehen worden war.  
Präsident Truman forderte die Erziehungsanstalten auf, sich für das Programm einer allgemeinen militärischen Ausbildung einzusetzen. Er appellierte ferner an die Studenten, die neue und wohlgeordnete Welt in größerem Maße für den Regierungsdienst zur Verfügung stellen sollten.  
Der letzte Krieg habe eine ungeheure Aufgabe hinterlassen, die darin besteht, aus dem wirtschaftlichen und sozialen Chaos wieder ein friedliches und geordnetes Leben aufzubauen. Aber weder die USA noch irgendeine andere Nation könne diese Aufgabe allein auf sich nehmen. Auch der großzügige und bestgemeinte Beitrag eines einzelnen Staates erbringe nicht die Mittel, um die Welt in das richtige Geleise zu bringen. Dies sei das Werk, das von allen

## Machtbefugnisse der Länder des franz. Besatzungsgebietes

Baden-Baden, 18. Juni (Dena) Der Oberbefehlshaber des französischen Besatzungsgebietes in Deutschland hat in der letzten Plenarsitzung des Kontrollrates die Befugnisse der Länder des französischen Besatzungsgebietes festgelegt, die der gesetzgebenden Gewalt der deutschen Behörden entzogen sind.

Der Oberbefehlshaber des französischen Besatzungsgebietes in Deutschland hat in der letzten Plenarsitzung des Kontrollrates die Befugnisse der Länder des französischen Besatzungsgebietes festgelegt, die der gesetzgebenden Gewalt der deutschen Behörden entzogen sind. Er hat die Befugnisse der Länder des französischen Besatzungsgebietes festgelegt, die der gesetzgebenden Gewalt der deutschen Behörden entzogen sind. Er hat die Befugnisse der Länder des französischen Besatzungsgebietes festgelegt, die der gesetzgebenden Gewalt der deutschen Behörden entzogen sind.

## Wirtschaftsplanung gefordert

Stuttgart, 18. Juni (Dena). Die Einführung einer Wirtschaftsplanung zum Vorteil des ganzen Volkes forderte der würt.-badische Arbeitsminister Rudolf Kohl am 15. Juni in Ludwigsburg.

Stuttgart, 18. Juni (Dena). Die Einführung einer Wirtschaftsplanung zum Vorteil des ganzen Volkes forderte der würt.-badische Arbeitsminister Rudolf Kohl am 15. Juni in Ludwigsburg. Er forderte die Einführung einer Wirtschaftsplanung zum Vorteil des ganzen Volkes. Er forderte die Einführung einer Wirtschaftsplanung zum Vorteil des ganzen Volkes.

## Minister Veit betont den Ernst der Lage

Der Würt.-badische Landtag debattiert über den Haushaltsplan

Stuttgart, 18. Juni (Dena). Zu Beginn der 28. Sitzung des würt.-badischen Landtages beantwortete Breiungminister Gottlob Kamm (SPD) eine große Frage des Abgeordneten Dr. Scheffter (CDU) bezüglich einer im Regierungsblatt erschienenen Erklärung des Befehlsgesetzes. Nach der Anfrage entspricht diese Berichtigung, die die Zeitdauer der Bewährungsfrist für Mindestbelastung auf zwei Jahre festlegt, nicht dem englischen Text des Gesetzes Nr. 104, das hier eine „Soll-Bestimmung“ vorsehe.  
Minister Kamm erklärte hierzu, die Auffassung, es handle sich hier um eine „Soll-Bestimmung“ sei bei der ameri. Militärregierung auf entschiedenen Widerstand gestoßen. Die Zeitdauer der Bewährungsfrist wird daher auf zwei Jahre festgelegt. Die Zeitdauer der Bewährungsfrist wird daher auf zwei Jahre festgelegt.

## Durch Ostgebiete-Abtrennung kein wesentlicher Schaden

Wiesbaden, 18. Juni (AP). Die polnische Nachrichtenagentur Zechodnia Agencja Prasowa, deren Spezialgebiet die Nachrichten über die Entwicklung der ehemals deutschen Ostgebiete ist, stellt fest, die Deutschen brauchen nicht so viele Lebensmittel einzuführen, wenn ihr Verbrauchsniveau dem anderer europäischer Länder entsprechen würde.

In einer eingehenden Analyse der Forderungen der Wirtschaftsfachleute und unter Zurückweisung der Behauptungen der Letzteren, daß der Verlust der ehemals deutschen Gebiete im Osten an Polen die deutsche Wirtschaft ernsthaft geschädigt habe, erklärt die Agentur, Deutschland sei gewissermaßen als Atanklebensmittel im Bereich der Ernährung aufzugeben und sich im Geiste der Zusammenarbeit und des internationalen Handelsaustauschs zu betätigen.

## CDU Würt.-Badens antwortet

Stuttgart, 18. Juni (Dena). Die CDU-Fraktion hat schon vor Wochen dem würt.-badischen Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier einstimmig vorgeschlagen, den Universitätsprofessor Dr. Ruppel zum Kultusminister zu ernennen, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der CDU-Fraktion des würt.-badischen Landtages und des Parteivorstandes zu den im April-Monatsheft der ameri. Militärregierung festgestellten Schwierigkeiten, die aus dem Ausscheiden Dr. Wilh. Simpfendorfers als Kultusminister Würt.-Badens für die CDU entstanden seien. „Alle weiteren Meldungen über die Absicht, aus den Reihen der CDU neue Parteien zu bilden, entbehren jeder Grundlage.“

## Ehem. Gestapo-Chef entflohen

Nürnberg, 18. Juni (Dena). Der ehemalige Chef der Gestapo in Darmstadt und Magdeburg, Robert Mohr, ist am Dienstag aus dem Internierungslager Darmstadt entflohen, gab die amerikanische Pressestelle im Justizpalast in Nürnberg am Dienstag bekannt. Robert Mohr ist 37 Jahre alt und 1,73 m groß. Er hat grau-blaue Augen, blondes Haar und trägt bei seiner Flucht einen braunen Zivilanzug und braune Schuhe. Alle Angaben, die zur Auffindung Mohrs von den Behörden sind umgehend bei der nächsten Polizeistation zu machen.

## Entmilitarisierung?

Der Kulturpolitik der französischen Besatzungsmacht kann man im allgemeinen aus guter Überzeugung nachsagen, daß sie mit beispielhaftem Takt zu Werke geht, daß sie weiß, worauf es ankommt, und daß sie mit einer vorbildlichen Großzügigkeit des Gebens und Vermittelns bemüht ist, unserer zwölf Jahre lang blockierten Kulturarbeit die Fenster zur Welt hin aufzustoßen. Umso mehr ist man unter kulturpolitischem wie vor allem politischem Betrachter von einer Ausstellung überrascht, die dieser Tage im Romanischen Saal des Kurhauses in Baden-Baden durch General König eröffnet wurde. Die Ausstellung ist betitelt: „Im Dienste Frankreichs“ und läßt den Besucher einen Blick tun auf etwa drei Jahrhunderte französischer militärischer Ruhmes. In Gemälden, Uniformen, Fahnen und sonstigen Erinnerungsstücken und Dokumenten veranschaulicht die Ausstellung mit ausgesprochener Blickrichtung auf das Militärische, die kriegerischen Ereignisse, die sich in diesem Zeitraum in der Hauptsache am Rhein abgespielt haben. Mit besonderer Aufmerksamkeit ist dabei der Anteil deutscher Heere und Truppenteile (badischer, bayerischer und hessischer) berücksichtigt worden, die unter der französischen Fahne an jenen Kämpfen teilgenommen haben. Sogar eine große Sammlung von Biletsoldaten wurde ausgeteilt, um einer sinnfälligen Veranschaulichung dieser militärischen Schau zu dienen.

Historisch-politisch gesehen sind Zweck und Aufgabe dieser Ausstellung nicht ohne weiteres eindeutig, wenn auch wohl die Annahme nicht fehlt, daß diese Schau etwa die Baden-Badener Ausstellung des Vorjahres fortzuführen und ergänzen sollte, mit der in ausgezeichneter Weise die geschichtlichen Beziehungen zwischen Frankreich und Baden beleuchtet wurden. Aber daß diese Ausstellung sich mit absoluter Ausschließlichkeit auf die militärische und kriegerische Beschränkung, das läßt sie in mitten des gegenwärtigen politischen Geschehens befremdlich erscheinen. Bekanntlich ist die Entmilitarisierung einer der wesentlichen Programmpunkte der Besatzungsmächte bei der Reinigung unseres gesamten öffentlichen Lebens und in der fördernden Mitarbeit beim Aufbau einer deutschen Demokratie. Wichtiger noch als die Vernichtung aller militärischen Anlagen und Einrichtungen, aller Möglichkeiten der Rüstung oder eines Aufgebens irgendwelcher militärischer Kräfte ist die geistige Entmilitarisierung. Darin sind sich die Besatzungsmächte und die deutschen verantwortlichen Stellen vollkommen einig, zu einer immerhin bemerkenswerten und ebenso erfreulichen Übereinstimmung gelangt und geschieht als nur Denkbar — um das Gift des Militarismus aus unserem Volkstum auszuschneiden. Unsere besten Kräfte bemühen sich, den deutschen Geist stark zu machen gegen jeden Rückfall in militaristisches Denken und für den Dienst in einer friedlichen europäischen Völkergemeinschaft zu erziehen. Alle diese Bestrebungen und Kräfte müssen in dieser Ausstellung, die — wie immer man sie auffassen und interpretieren will — letzten Endes militaristische Instinkte anspricht und militaristische Komplexe berührt, eine beachtliche Inkongruenz erblicken. Ja, sie müssen in ihrem Willen irre werden, wenn sie hören, daß der Veranstalter dieser Ausstellung der Direktor der Abteilung öffentliche Erziehung in der Militärregierung in Baden-Baden ist. So wertvoll diese Arbeit auch ist, so wenig glücklich ist die geistige Entmilitarisierung, die durch diese Ausstellung, — wir sind der Meinung, daß hier der Gedanke an den Ruhm der französischen Waffen hinter die entscheidende und zukunftsweisende Forderung der militärischen Entmilitarisierung zurücktreten müssen, die Frankreich besser und höhere Werte zur wünschenswerten geistigen Brücke über den Rhein beizubringen hat und daß die Stunde eine andere Lösung gebietet: Im Dienste Europas! Ra.

## Ein Appell der deutschen Ärzteschaft

Feststellungen, Vorschläge zur Beseitigung latenter Hungersnot: getätigte, vorgesehene Getreide-Einfuhren in die Westzonen

Bad Nauheim, 18. Juni (Dena). Auf der internationalen Ärzteschaft am 14. und 15. Juni in Bad Nauheim, an der Vertreter der ameri., brit. und franz. Zonen sowie aus Baden-Württemberg teilnahmen, wurde eine Entscheidung zur deutschen Ernährungslage gefaßt, in der die deutsche Ärzteschaft an das Weltgeschehen appelliert, den bereits weit fortgeschrittenen körperlichen Verfall des deutschen Volkes nicht weiter zuzulassen.  
Die Mehrheit der deutschen Bevölkung lebt zur Zeit von Rationen, die nur ein Drittel des international anerkannten Mindestbedarfes ausmachen. Selbst die Zulagen der Schwerarbeiter reichen nur aus, das Leben zu erhalten, nicht aber um die geforderte Arbeit zu leisten. Diese bestehende chronische Unterernährung hat bereits zum weitgehenden Abbau der Körpersubstanz des Deutschen geführt und nicht nur seine körperliche Leistungsfähigkeit extrem herabgesetzt, sondern auch seine geistige Spannkraft vermindert und sein seelisches Gefüge verändert. Der hungernde Mensch ist antriebslos, reizbar, überkritisch und untauglich für Aufbau und staatsbürgerliche Betätigung.  
Die deutsche Ärzteschaft erbittet aus ärztlicher Verantwortung heraus die Hilfe der Welt für den Neuaufbau und die sofortige entscheidende Besserung der Ernährung. Sie halte die Zulassung Deutschlands zum Walfang und zur Hochseefischerei, die Ermöglichung synthetischer Fetterstellung, die Herstellung der nötigen Düngemittel, sowie die Transportverteilung von Glukosen und Sofortmaßnahmen für durchführbar. Nach vor diesen Maßnahmen müsse eine großzügige Lebensmittellieferung von außen die Arbeitsfähigkeit des deutschen Volkes wieder herstellen. Außerdem müsse dem deutschen Volk die Möglichkeit zurückgegeben werden, durch Export von Fertigwaren den unentbehrlichen Import zu finanzieren. Die eigene Landwirtschaft sei

## Lebensmittelführen für die Bizone

Berlin, 18. Juni (Dena). Während der ersten fünf Monate dieses Jahres wurden 1.482.000 t Lebensmittel in das britische und amerikanische Besatzungsgebiet Deutschlands eingeführt, haben die amerikanische und die britische Militärregierung bekannt für jeden Lebensmittelkategoriehelfer in beiden Zonen wurden rund 40 Kilo Lebensmittel geliefert. Die Kosten für diese Einfuhren in Höhe von rund 180 Mill. Dollar gingen zu Lasten des ameri. und brit. Steuerzahlers.

## Für August vorgesehene Einfuhr

Washington, 18. Juni (Dena). Die brit. und ameri. Besatzungszone Deutschlands sollen nach Berichten des ameri. Landwirtschaftsministeriums den größten Anteil aller Getreidezufuhren der USA des Monats August erhalten, die insgesamt rund 1.372.000 t betragen werden. An die beiden wirtschaftlich vereinigten Zonen sollen danach im August 415.000 t Getreide, und zwar 204.500 t Weizen, 132.000 t Mehl, 25.500 t Mais und 33.000 t Gerste, an die französ. Besatzungszone Deutschlands sollen in der gleichen Zeit 29.000 t Getreide ausgeführt werden.

## Rekord-Einfuhr von Getreide

Berlin, 18. Juni (Dena). Insgesamt 104.200 t Brotgetreide und Mehl für die Bevölkerung der brit. und ameri. Zone Deutschlands trafen in der Woche vom 8. bis 14. Juni auf 15 Schiffen in den norddeutschen Häfen ein. Dadurch hat sich die Einfuhr von Brotgetreide und Mehl in der ersten Juni-Hälfte auf die Rekordzahl von 240.000 Tonnen für eine Halbmonats-Periode erhöht.

Der Irrfahrt und der Leiden viele

Am 25. Mai entfiel einer der vielen aus französischer Kriegsgefangenschaft und überschritt nach mancherlei Zwischenfällen am 8. Juni die grüne Grenze. Er brachtr Fabere und begab sich auf diesem Zweck nach Heidelberg. Untenwegs traf er einen Bauer, der ihn eine Nacht beherbergte und ihm Essen mit auf den Weg gab. Der Heidelberger Flüchtlingskommissar, dem er sein Anliegen vortrug, verwies ihn an das Postamt. Dort erklärte man, er müsse nach Karlsruhe in die Artilleriekaserne. Also ging er nach Karlsruhe. Hier gab man ihm keine Papiere, sondern - Sie können sich wohl denken - verwies ihn an das Postamt, und das Postamt wiederum an das Polizeipräsidium.

Achtel auf den Kartoffelkäfer

Sonderzug nach Iffezheim. Durch den überaus starken Vorverkauf müssen, wie das Reisebüro Union bekannt gibt, für den Sonderzug, der nur 800 bis 900 Personen faßt, Karten ausgeben werden. Karten in Besitz dieser Karte ist, muß die fahrplanmäßigen Züge benutzen. Die orthodoxen Sprüche finden in Karlsruhe täglich von 8.30 bis 12 Uhr in der Schirmerstraße 2 statt.

Katharina von Siena Eine große Frau — damals und heute

In der Geschichte der Menschheit gibt es Gestalten, die über ihre Zeit weit hinausragen und die Allgeimes geworden sind. Da sie auch dem Nachfahren über Jahrhunderte hinweg den hohen Sinn und das Ziel des Lebens zu zeigen vermögen. Es war daher eine dankenswerte Veranstaltung zum Gedenken des 600. Geburtstages der Heiligen Katharina von Siena in der Matthäuskirche. Die Vortragende, Sophie Gräfin zu Eltz, brachte in geistvoller Form das Bild der italienischen Geschichte und des Papsttums im 14. Jahrhundert, in das Katharina als Kind des Färbers Benincasa in Siena hinein verflochten wurde. Als sechs- und siebenjähriges Kind hatte sie ihre erste Vision und gab sich seitdem in erster Linie, aber auch mehr und mehr steigender Kraft ihrem Heiland hin. Sie trat, noch ganz jung, in den dritten Orden der Dominikaner und verlebte zwei Jahre in strenger Klausur und Askese. Dann kehrte sie in den Kreis ihrer Familie zurück, um sich ihren Angehörigen und den Werken der Nächstenliebe zu widmen. Sie behielt auch in dieser Zeit ihr Eigenleben für sich, das in das Leiden und Verleiden der Welt eingezogen war. Sie sah in allen Menschen, wie auch in sich selbst, nur ein Zuwenig an Religiosität. Aber in der Gewalt ihres Gebetes konnte ihre Macht keine Grenzen. Von nah und fern suchte man ihre Hilfe in Zerwürfnissen und in hoffnungslosen Fällen. Ihr Eintritt in das apostolische Wirken erfolgte nachdem ihr durch Fasten und Askese geschwächter Körper in fünfstündiger Totenstarre gelegen hatte, während der sie Visionen des Jenseits erlebte. Aus der Glut ihres frommen Herzens strömte wiederholt die vollkommene Eingeblichkeit und Forderung in der Sprache ihres italienischen Volkes. Sie war das verkörperte Gewissen der Kirche, die Reformatorin des mönchlichen und priesterlichen Lebens, dabei von grenzenloser Selbstlosigkeit und Opferwilligkeit. Die Nachbarstadt Florenz bediente sich ihrer Hilfe bei ihren Streitigkeiten mit dem Papst, der zur Zeit Katharina in Avignon residierte. Sie reiste in Begleitung eines Anhängers über die Alpen zu Gregor XI., dem gegenüber sie Frieden vertrat. Zugleich war sie aber auch

KURZE STADTNOTIZEN

Brennstoffkarten müssen abgeholt werden. Um dem Publikum den Gang zu den Bezirksstellen zu ersparen, wird die Ausgabe der Brennstoffkarten den Kohlenhändlern übertragen. Die Abholung geht nur sehr leidend vor sich. Es liegt im Interesse jedes Einzelnen, so rasch wie möglich in den Besitz der Brennstoffkarte zu gelangen. Eier-Ablieferung. Die ablieferungspflichtigen Hühnerhalter im Bereich der Ernährungskammer der Stadt Karlsruhe sind aufgefordert, die Eier zur Ablieferung in den Bereich der Ernährungskammer zu bringen. Die Ablieferung erfolgt am 20. Juni bis 12. Juli 1947 und ist in den Landkreisen vom 12. Juli 1947 bis 12. Juli 1947 durchzuführen. Näheres ist aus dem 20. Juni 1947 ersichtlich. Erweiterung des Postverkehrs mit dem Ausland. Ab 15. Juni ist der internationale Postverkehr Ansichtspostkarten und Geschäftsbriefe allgemein, auch Geschäftsabschließender Art, zugelassen. Im einzelnen jedoch folgende Bestimmungen: Ansichtspostkarten dürfen nicht nazistische oder umstrittenen Natur sein. Geschäftsbriefwechsel darf sich nur auf Geschäftsabschlüsse beziehen oder auf Angelegenheiten die auf Grund der Gesetze und Anordnungen der Alliierten Kontrollbehörde, der Militärregierung und der gegenwärtig in Kraft befindlichen Gesetze rechtmäßig erlaubt sind. Weitere Voraussetzung ist, daß die Absender die in Auswirkung solcher Geschäftsabschlüsse aufkommen, den Konten der zuständigen Militärregierung zufließen. Außerdem ist es Personen, die unter der Gerichtsbarkeit der Alliierten Kon-

trollehere für Deutschland stehen, verboten, eine Schriftwechsel bezüglich deutscher Güter abzugeben. Außerdem ist, wenn dieser nur informativ Art ist, Meldet das Auf- und Abbringen von der Straßenbahn Trotz der vielen Warnungen, das Auf- und Abbringen von der Straßenbahn sowie das Mitfahren auf den Straßentritten zu unterlassen, gibt es immer wieder Leute, die dieses gefährliche Spiel nicht unterlassen können. Schon viele Personen haben die Nichtbeachtung dieser Warnung mit dem Tode büßen müssen, oder ist ihnen schwerer körperlicher Schaden zugefügt worden. Auch die scharfe Überwachung durch die Polizei konnte die Unsaite nicht eindämmen. Im letzten Monat gelangten 30 Personen wegen ihres verkehrswidrigen Verhaltens zur Anzeige. In der Zeit ist eine durchgreifende Aktion der Polizei geplant. Bei dieser Gelegenheit werden die nichtberufstätigen Straßenbahnfahrer besonders auch die Frauen - gebeten, die Straßenbahn zu Zeiten außerhalb des Berufsverkehrs zu benutzen, um eine Früh abt sich von den Straßenbahnfahrern festzustellen, als er in Knebeln des Fotoapparate im Schwarzhandel absetzen. Fahrrad-Dieb. Ein 65-jähriger Angestellter wurde dabei überrascht, als er in der abgestellten Garage seines Abzuges im Park des Schlosses zu entenden. Von Jugendlichen überfallen. Als ein Hausbesitzer in der Gasse des Schlosses auf seinem Gartengrundstück eine Bande Ju-

Karlsruhe ruft erneut zum Ehrendienst!

450 Millionen Kubikmeter Trümmerrmassen lasten auf dem gesamten Reichsgebiet. Würde man diese Masse in einer Höhe von 5 Metern aufschichten, so würde man dazu eine Fläche von 80 Millionen Quadratmetern oder 8 000 Hektar brauchen, eine Fläche, die einem Quadrat von 9 Kilometer Seitenlänge entspricht. 1 1/2 Millionen Kubikmeter Trümmer lagerten allein in unserer Stadt Karlsruhe. Ein rundes Viertel dieser Masse ist durch den freiwilligen Ehrendienst und anderen Einsatz bereits beseitigt und Karlsruhe gilt hinsichtlich der Trümmerbeseitigung als eine Stadt, die am meisten geleistet hat! Wollen wir es bei dieser ehrenfesten Feststellung belassen oder soll sie uns nicht Ansporn für neue vorbildliche Leistungen sein?

Ein Aufbau ist allgemein nur dann möglich, wenn zuvor die Trümmer beseitigt sind. Karlsruhe will aber nicht nur hinsichtlich der Trümmerbeseitigung führend bleiben, sondern auch hinsichtlich des Wiederaufbaus. Es ist für uns alle eine moralische und stiftliche Pflicht, den Wiederaufbau mit allen zu Gebote stehenden Mitteln voranzutreiben, denn nur so können wir der großen und für unser Volk verheerenden Wohnungsnot steuern, können teilzerstörte Fabriken wieder aufbauen und neues Wirtschaftsleben in unsere Stadt bringen. Darum ruft die Stadtverwaltung erneut zu einer Gratifikation auf. Meldet Euch zum freiwilligen Ehrendienst! Alle diejenigen, welche ihn bisher noch nicht geleistet haben, sollten dem Beispiel derer folgen, die sich die Ehrenkarte bereits erworben haben. Es liegt im Interesse jedes Einzelnen! Auf zur Tat! Beweisen wir, daß Wille und Mut trotz allen Erschwerungen bei uns nicht gebrochen sind.

Heinrich, 1. Bürgermeister

KPD-Kundgebung in der Markthalle

Unter dem Leitsatz „Wir antworten der SPD“ veranstaltete die Kommunistische Partei am Montag in der Markthalle eine Kundgebung. Die Kundgebung wurde von dem Parteiführer der KPD, dem Genossen Dr. G. Beckler, eröffnet. Er sprach über die Lage der KPD und die Aufgaben der Partei. Er erwähnte die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterbewegung. Er sprach auch über die wirtschaftliche Lage und die Forderungen der KPD. Die Kundgebung wurde von einer großen Zahl von Parteimitgliedern und sympathisierenden Bürgern besucht. Die Rede wurde mit viel Beifall aufgenommen. Die Kundgebung endete mit einem Vortrag über die Geschichte der KPD.

CDU für Einheit und Geschlossenheit. In einer gut besuchten Versammlung in Durach sprach Abgeordneter Heurich über unsere Lage und die Einstellung der CDU. Er betonte die Notwendigkeit der Einheit der Parteien und die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Er sprach auch über die wirtschaftliche Lage und die Forderungen der CDU. Die Versammlung wurde von einer großen Zahl von Parteimitgliedern und sympathisierenden Bürgern besucht. Die Rede wurde mit viel Beifall aufgenommen. Die Versammlung endete mit einem Vortrag über die Geschichte der CDU.

Worin liegt die Tragweite dieser für die oben erwähnten Staatsverträge zur Vermeidung von Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Einkommensteuer. Zunächst ist zu bemerken, daß die Erweiterung des Abkommens von 1911 auf die Schweiz ein völkerrechtliches Problem darstellt. Die Erweiterung des Abkommens von 1911 auf die Schweiz ist ein völkerrechtliches Problem, da die Schweiz nicht ein völkerrechtliches Problem darstellt. Die Erweiterung des Abkommens von 1911 auf die Schweiz ist ein völkerrechtliches Problem, da die Schweiz nicht ein völkerrechtliches Problem darstellt.

DEUTSCH-SCHWEIZERISCHES ABKOMMEN

Die Ausübung der deutschen Regierungsgewalt durch den Alliierten Kontrollrat in Berlin ist als ein völkerrechtliches Problem zu betrachten. Die Ausübung der deutschen Regierungsgewalt durch den Alliierten Kontrollrat in Berlin ist als ein völkerrechtliches Problem zu betrachten. Die Ausübung der deutschen Regierungsgewalt durch den Alliierten Kontrollrat in Berlin ist als ein völkerrechtliches Problem zu betrachten.

Der Tatbestand der völligen Besetzung des zu annektierenden Gebietes oder der vollen Herrschaft über das Gebiet ist ein völkerrechtliches Problem. Der Tatbestand der völligen Besetzung des zu annektierenden Gebietes oder der vollen Herrschaft über das Gebiet ist ein völkerrechtliches Problem. Der Tatbestand der völligen Besetzung des zu annektierenden Gebietes oder der vollen Herrschaft über das Gebiet ist ein völkerrechtliches Problem.

GEWERKSCHAFTLICHES

Deutschlandbericht des Weltgewerkschaftsausschusses. Der Tagung des Weltgewerkschaftsausschusses wurde hier die Errichtung eines Verbindungsbüros in Deutschland erörtert. Das Weltgewerkschaftsbüro wird in der Stadt Karlsruhe errichtet werden. Die Errichtung eines Verbindungsbüros in Deutschland erörtert. Das Weltgewerkschaftsbüro wird in der Stadt Karlsruhe errichtet werden.

Geldwechsel im Saarland. Der Umdausch der deutschen Mark in Saarland, der vor einigen Tagen von der französischen Militärregierung angeordnet wurde, ist in vollem Gange. Die neue Saarmark - sie ist deutsch und französisch beschriftet - wird im Verhältnis eins zu eins eingewechselt. Nach dem 16. Juni 1947 gilt die neue Währung im Saarland als einzige.

Geschichte Karlsruher Verkehrsmittel

Von der Entstehung der Pferdebahn bis zu den Anfängen der Eisenbahn

Im Jahre 1894 erwarb die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft Berlin die Rechte an der „Vereinigte Pferde- und Dampfstraßenbahn“ in Karlsruhe. Die Bahn auf elektr. Betrieb wurde am 1. Oktober 1894 eröffnet. Die Bahn wurde am 1. Oktober 1894 eröffnet.

Die Bahn wurde am 1. Oktober 1894 eröffnet. Die Bahn wurde am 1. Oktober 1894 eröffnet. Die Bahn wurde am 1. Oktober 1894 eröffnet. Die Bahn wurde am 1. Oktober 1894 eröffnet. Die Bahn wurde am 1. Oktober 1894 eröffnet. Die Bahn wurde am 1. Oktober 1894 eröffnet. Die Bahn wurde am 1. Oktober 1894 eröffnet. Die Bahn wurde am 1. Oktober 1894 eröffnet.

Die Entnazifizierung in Südbaden

Baden-Baden. Bekanntlich ist in Südbaden die Entnazifizierung infolge eines Gegenstands und Kurcheinanders verschiedener amtlicher Instanzen in ein wüstes Chaos geraten, das zum Schluss ganz groteske Formen annahm. Das Badische Amt für die offizielle Verordnungsorgane der badischen Regierung, wurde schließlich das meistgelesene Blatt des Landes, denn es veröffentlichte Nummer für Nummer auf Dutzenden von Seiten alle die von den obersten Instanzen in Freiburg erlassenen, die „Betroffenen“ erfuhr erst durch diese Veröffentlichungen ihr weiteres Schicksal, eine direkte Benachrichtigung erfolgte nicht. Diese Entscheidungen, die durchweg stark von den Vorschlägen der örtlichen Spruchstellen abwichen, und zwar nach der Richtung einer wesentlichen Verschärfung der vorgeschlagenen Sühnemaßnahmen, spielte auch im Wahlkampf eine gewisse Rolle. Keine der Parteien wollte es nämlich gewesen sein, die die Verantwortung für die Verurteilung der Verurteilten auf sich zu nehmen.

Die Entnazifizierung infolge eines Gegenstands und Kurcheinanders verschiedener amtlicher Instanzen in ein wüstes Chaos geraten, das zum Schluss ganz groteske Formen annahm. Das Badische Amt für die offizielle Verordnungsorgane der badischen Regierung, wurde schließlich das meistgelesene Blatt des Landes, denn es veröffentlichte Nummer für Nummer auf Dutzenden von Seiten alle die von den obersten Instanzen in Freiburg erlassenen, die „Betroffenen“ erfuhr erst durch diese Veröffentlichungen ihr weiteres Schicksal, eine direkte Benachrichtigung erfolgte nicht. Diese Entscheidungen, die durchweg stark von den Vorschlägen der örtlichen Spruchstellen abwichen, und zwar nach der Richtung einer wesentlichen Verschärfung der vorgeschlagenen Sühnemaßnahmen, spielte auch im Wahlkampf eine gewisse Rolle. Keine der Parteien wollte es nämlich gewesen sein, die die Verantwortung für die Verurteilung der Verurteilten auf sich zu nehmen.

Aufgabe Nr. 40

Aufgabe Nr. 40. Von G. Becker, Durlach. „Horizont“ Berlin 1947. Die Aufgabe besteht aus einem 8x8 Gitter mit verschiedenen Figuren. Die Aufgabe ist zu lösen, indem man die Figuren so verschiebt, dass die Spalten von links nach rechts in der Reihenfolge a bis h geordnet sind. Die Lösung ist in der Spalte 1 bis 8 angegeben.

Aufgabe Nr. 40. Von G. Becker, Durlach. „Horizont“ Berlin 1947. Die Aufgabe besteht aus einem 8x8 Gitter mit verschiedenen Figuren. Die Aufgabe ist zu lösen, indem man die Figuren so verschiebt, dass die Spalten von links nach rechts in der Reihenfolge a bis h geordnet sind. Die Lösung ist in der Spalte 1 bis 8 angegeben.

DEUTSCH-SCHWEIZERISCHES ABKOMMEN

Die Ausübung der deutschen Regierungsgewalt durch den Alliierten Kontrollrat in Berlin ist als ein völkerrechtliches Problem zu betrachten. Die Ausübung der deutschen Regierungsgewalt durch den Alliierten Kontrollrat in Berlin ist als ein völkerrechtliches Problem zu betrachten. Die Ausübung der deutschen Regierungsgewalt durch den Alliierten Kontrollrat in Berlin ist als ein völkerrechtliches Problem zu betrachten.

Der Tatbestand der völligen Besetzung des zu annektierenden Gebietes oder der vollen Herrschaft über das Gebiet ist ein völkerrechtliches Problem. Der Tatbestand der völligen Besetzung des zu annektierenden Gebietes oder der vollen Herrschaft über das Gebiet ist ein völkerrechtliches Problem. Der Tatbestand der völligen Besetzung des zu annektierenden Gebietes oder der vollen Herrschaft über das Gebiet ist ein völkerrechtliches Problem.



